

# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

## Dr. Beckers Wahl bestätigt. Bedauerlicher Reichstagsbeschluss.

Erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt!... Nach den Verhandlungen und dem Entschluß der Wahlprüfungskommission des Reichstages mußte man unbedingt annehmen, daß das parlamentarische Schicksal der Abg. Dr. Becker (Mitt.) Rölisch und Haupt besiegelt sei: die Ungültigkeit ihrer Mandate schien völlig festgestellt zu sein, besonders sonnenklar im Falle Becker. Das Plenum des Reichstages ist anderer Ansicht gewesen; es hat unter merkwürdigen Erwägungen und höchst seltsamen Umständen die Wahl Beckers für gültig erklärt und die Wahlen Haupt und Rölisch zur nochmaligen Prüfung an die Kommission zurückverwiesen.

Die Gültigkeitserklärung der Wahl Beckers kann, wie weiland die wunderbaren Antworten des Kandidaten Jobies nur allgemeines Kopfschütteln erregen. Diese Entscheidung verdient die öffentliche Aufmerksamkeit über den einzelnen Fall hinaus. Unter ganz eigenartigen Umständen hat insbesondere die nationalliberale Partei bei der Gültigkeitserklärung mitgewirkt. Sie trat in ihrer Mehrheit für die Gültigkeit der Beckerschen Wahl ein, obwohl ihr Fraktionsführer, Abg. List, für die „meisten seiner Freunde“ dargelegt hatte, sie würden die Wahl Beckers aus rechtlichen Gründen für ungültig erklären.

Die Entscheidung zugunsten des Dr. Becker klammerte sich an die schematische Auffassung, daß der ganze Wahlakt in dem Orte Sprendlingen für ungültig zu erklären sei, weil dort Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren. Nun hatte aber in diesem Orte der unterlegene Kandidat Korrell weitaus die Mehrheit der Stimmen, und die freimütigen Proteste hatten in ihrer rechtlichen Harmlosigkeit gelaubt, daß ihre Beschwerde nur den Effekt haben würde, die Stimmen für den als gewählt proklamierten Kandidaten hinfallig zu machen. Aber die Becker-Mehrheit entschied sich dafür, daß auch die für die Partei der Proteste abgegebenen Stimmen in Wegfall zu bringen seien, wodurch die Mehrheit des Dr. Becker statt erschütterter geradezu gestärkt wurde! Hier liegt eine ganz gefährliche Auffassung vor. Es braucht jetzt nur noch in einem Orte, wo die Oppositionspartei notwendig die überwältigende Mehrheit der Stimmen hat, der Wahlvorstand bewußt einen Wahlzirkel herbeizuführen, um damit zu erreichen, daß der ganze Wahlakt kassiert und damit dem Oppositionsmann mechanisch seine Ueberlegenheit über den Gegner weggenommen wird. Den schlimmsten Wahlmachinationen sind hierdurch Tür und Tor geöffnet.

Ueber das Verhalten der einzelnen Parteien bei der Entscheidung über Beckers Wahl erhalten wir drahlisch noch die folgenden näheren Angaben:

z. Berlin, 26. Februar. Bei der Gültigkeitserklärung der Wahl des Abg. Dr. Becker, die mit einer Stimme Mehrheit erfolgte, jochten von der sozialdemokratischen Fraktion zwei Mann; Abg. Haupt enthielt sich der Abstimmung. Von den Nationalliberalen votierten für die Ungültigkeit trotz der vorhergehenden Erklärung des Abg. List nur elf Abgeordnete, darunter die Abg. Wassermann, List, Jund, Freiherr von Richthofen, Prinz Schönau-Carolath und Wed-Heidelberg; alle übrigen, mit Ausnahme von Götting-Wildesheim, votierten für die Gültigkeit ein. Leider haben auch von der fortschrittlichen Volkspartei nicht weniger als elf Abgeordnete gestimmt!

Auch das noch! möchte man heinoche ausrufen. Sicher muß das Fehlen gerade auch von fortschrittlichen Abgeordneten bei einem solch wichtigen Anlaß ungemein peinlich berühren. Von all den Unerfreulichkeiten der gestrigen Reichstagsverhandlung ist es, das muß offen ausgesprochen werden, mit das Unerfreulichste. Wenn auch die Fehlbereitschaft allerhand dringende Gründe für ihr Fernbleiben gehabt haben mögen, so entbehrt doch die Frage, ob nicht die Fraktion in solch wichtigen und kritischen Fällen, wo die Entscheidung auf des Meisters Schmeide steht und möglicherweise, wie ja auch gestern, von einigen Stimmen abhängt, für eine stärkere Präsenz Sorge tragen muß. — Daß im übrigen wieder einmal die Entscheidung der Wahlprüfungskommission in drei Fällen auf einmal umgestoßen ist, und daß die Geister sich fast ganz ausschließlich nach Parteien sonderten, dürfte sicher wieder die alten Zweifel an der Unparteilichkeit solcher Entscheidungen und an der Zweckmäßigkeit des ganzen jetzigen Prüfungsmodus aufleben lassen.

## Das bayerische Zentrum und die Heeresvorlage.

Der trotz aller gelegentlichen Rivalitäten stark vom Zentrum beeinflusste und gegängelte niederbayerische Bauernverein hat in seiner Generalversammlung zu Passau eine Entschließung zur Heeresvorlage gefaßt, welche folgenden Wortlaut hat:

Der niederbayerische Bauernverein richtet an die Vertreter des deutschen Volkes im Reichstage die Aufforderung, einer etwa notwendigen Vermehrung der Land- und Seemacht des deutschen Reiches nur dann die Zustimmung zu erteilen, wenn vorher die Deckungsfrage in einer Weise gelöst wird, daß das mobile Kapital in einer gleichen Weise erlöst wird, wie der immobile Besitz des bauerlichen und bürgerlichen Mittelstandes, der ohnehin den größten Anteil an einer sogenannten Blutsteuer zu tragen haben wird.

In der der Generalversammlung folgenden öffentlichen Versammlung kennzeichnete der Zentrumsdag. Lehrenbach die Haltung der Zentrumspartei zur Militärvorlage folgendermaßen:

Das Zentrum habe einmal aus Pflichtgefühl und Vaterlandsliebe das Reich vor dem finanziellen Zusammenbruch gerettet (!) und daraus die heillosen und verlogene Hege der Liberalen jahrelang getragen. „Es werde aber um keinen Preis noch einmal unter dem Hurrotumel der gefassten Liberalen die Heeresvorlage genehmigt, um dann unter maßloser Verheerung des deutschen Volkes durch den nämlichen Liberalismus für die Deckung der Wehrvorlagen sich aufzuopfern (!) Das habe das Reich durch seine Ungerechtigkeit in der Rentenfrage um das Zentrum nicht verdient.“

Der Abg. Lehrenbach scheint sich bei seinen Ausführungen in einer Gemütsstimmung befunden zu haben, in der in der Regel etwas Gescheites kaum vorgebracht zu werden pflegt. Ganz richtig lautet ein altes Wort: Im Zorne redet leicht der Mann das Schlimmste über

auch Dummste, was er reden kann! Im übrigen wird Minister Frhr. v. Hertling in seiner „Bayerischen Staatsztg.“ noch manche Epistel vom Stapel zu lassen haben, um seine politischen Gesinnungsgenossen, die sich einstweilen so überaus rabiat gebärdenden Zentrumsmännern, der Heeresvorlage geneigt zu machen. Die Resolution des „niederbayerischen Bauernvereins“ spricht zwar allerlei von der Deckungsfrage, aber charakteristisch ist, daß sie sich bietet, eine wirkliche, sozial gerechte Einkommensteuer — also entweder eine Reichsvermögenssteuer oder eine Erbanfallsteuer — zu fordern.

## Chamäleon Balkan.

Vom Balkankrieg ist im Augenblick merkwürdig wenig zu hören. Hinter den Kulissen spielen offenbar allerhand Verhandlungen; die kämpfenden Parteien sind müde der Anstrengungen und am Ende ihrer Kräfte — wann wird Europa endlich hinter diese lang gedehnte Episode seiner Geschichte aufatmend den Schlupfpunkt sehen dürfen? Auch die Unterhandlungen über die bulgarisch-rumänische Mediation werden noch einiger Zeit bedürfen, wiewohl die Vermittlung grundsätzlich den Großmächten bereits übertragen ist.

Die albanische Grenzfrage sollte nach deutschoffiziösen Stimmen bereits auf dem besten Wege zur Lösung sein. Heute klingen — von Wien her — wiederum einige Wolltöne in die Friedenshymnen hinein. Das Wiener „Nremdenblatt“, häufig ein Sprachrohr der auswärtigen Politik des Donauraiches, schreibt unter Anknüpfung an die hoffnungsvollen Äußerungen des russischen und des österreichischen Ministerpräsidenten folgendes:

Die beiden Ministerpräsidenten konnten freilich über die konkreten Streitfragen selbst noch keinerlei bestimmte Erklärungen abgeben und sich nur darauf beschränken, die Hoffnung und den Wunsch nach einer friedlichen Lösung aller streitigen Fragen auszudrücken; denn eine Einigung über die Abgrenzung des selbständigen albanischen Staates ist noch keineswegs erzielt. Vielmehr bestehen gerade bei dieser Frage noch beträchtliche Meinungsverschiedenheiten. Die Ueberbrückung dieser Gegensätze begegnet schon aus dem Grunde großen Schwierigkeiten, weil Österreich-Ungarn sowohl in dieser wie in anderen, mit der Lösung des Balkanproblems in Zusammenhang stehenden Fragen ohnehin schon so viele Vorteile des Engagements lieferte. Man muß sich diese Tatsache klar und nüchtern vor Augen halten, um ein der Wirklichkeit gerechtes Bild der gegenwärtigen internationalen Lage zu gewinnen. Man wird dabei den Willen zum Frieden, wie er in den Äußerungen des russischen und österreichischen Ministerpräsidenten zutage tritt, nicht übersehen dürfen. Er ist geeignet, eine beruhigende Wirkung zu üben, und läßt die Hoffnung aufkommen, daß die jetzige Krise ohne weitere ernste Komplikationen an uns vorüberzieht.

Von einer vollen Uebereinstimmung des Mächtekonjerts ist man also, wie es scheint, auch heute noch nicht berechtigt zu sprechen. Es ist seltsam zu sehen, wie bei den Unterhaltungen der Regierenden, aus ihren gelegentlichen Äußerungen zu schließen, von Tag zu Tage, fast möchte man sagen, von Stunde zu Stunde das Bild sich ändert. Man hat den Eindruck, als zögen die Diplomaten bei allem guten Willen für den Frieden die Entscheidungen doch allzusehr in die Länge. Und auch darin liegt für die Völker ein Moment der Beunruhigung, das zu beseitigen man auf allen Seiten ernstlicher sich bestreben sollte.

## Der rumänisch-bulgarische Konflikt. Neue Botenmissionen in Petersburg?

z. Berlin, 26. Februar. (Originaltelegramm.) Der Gedanke, die rumänisch-bulgarische Frage einer Botenmission in Petersburg zu übertragen, bildet die neueste Phase in der Entwicklung der Dinge auf dem Balkan.

Man scheint einem solchen Arrangement nicht unsympathisch gegenüberzustehen. Wenigstens verfährt man uns heute in Berliner diplomatischen Kreisen, daß Gründe gegen eine Behandlung der rumänisch-bulgarischen Streitfrage in Petersburg nicht vorliegen. Mehr Schwierigkeiten als die Wahl des Ortes scheint die Interpretation des Begriffs „Entscheidung“ zu bilden. Während bekanntlich Bulgarien unter „Entscheidung“ ein schiedsgerichtliches Urteil verstanden wissen will, ist man in Rumänien nur zu einer „Mediation“ bereit. Es ist anzunehmen, daß man zunächst über eine Mediation sich unterhalten wird, da dieses der umfassendere Begriff ist, und daß erst dann der Frage näherzutreten ist, ob nun Rumänien auch einer Regelung im engeren Sinne, eben einem Schiedspruch sich geneigt zeigen wird.

z. Berlin, 26. Februar. (Originaltelegramm.) Die Meldung der „Voss. Ztg.“, daß Deutschland und Rußland mit einer Vermittlung in dem bulgarisch-rumänischen Streit beauftragt werden dürften, trifft, wie wir an Berliner zuständiger Stelle erfahren, nicht zu.

## Eine türkische Darstellung der Schlacht bei Scharföj.

Konstantinopel, 26. Februar. Die bulgarischen Meldungen, daß die Türken in der letzten Schlacht bei Scharföj über 1000 Tote gehabt haben, werden hier als unzutreffend bezeichnet. Bei Scharföj seien nur zwei Kompanien gelandet, welche durch einen Manövanangriff zwei bulgarische Bataillone zum Rückzug zwangen. Es seien darauf sechs weitere Bataillone bulgarischer Truppen zur Verstärkung herangerückt. Doch sei es den Türken gelungen, sie in Schach zu halten. Sodann sei in voller Ordnung die Einschiffung erfolgt, wobei Munition und Lebensmittel mitgenommen wurden. Die Bulgaren hätten 240 Tote und zahlreiche Verwundete, die Türken 35 Tote und 56 Verwundete gehabt.

Unter den auf Gallipoli befindlichen, für eine etwaige Landung bestimmten Truppen sollen sich auch vier Deutsche befinden, und zwar der Berliner Arzt Dr. Hans Feist-Wollheim, der Oberbefehl über türkischer Militärarzt begleitet, und drei deutsche Offiziere. Diese sind bei Ausbruch des Krieges aus der deutschen Armee ausgetreten und in die türkische Armee aufgenommen worden. Im ganzen sind, soweit bisher bekannt geworden ist, neun deutsche Offiziere seit Ausbruch des Krieges in das türkische Heer übergetreten.

## Notizen.

Moskows Depeschagentur meldet vom 23. Februar aus Korfu: Die griechische Blockade ist auf Durazzo ausgedehnt worden.

Die Sofioter halbamtliche „Bulgaria“ schreibt: Die Bevölkerung an der rumänischen Grenze sei über die rumänischen Forderungen sehr aufgebracht. Sie beabsichtige Protestkundgebungen gegen die Abtretung des Gebietes. Es seien Maßnahmen getroffen, um derartigen Kundgebungen vorzubeugen. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß das bulgarische Volk bei dieser großen Verletzung der Ehre und Kaltblütigkeit bewahre und dadurch die

Regierung bei der Lösung der rumänisch-bulgarischen Streitfrage unterstützen.

In Stambuler Moscheen und einigen mohammedanischen Theologischen Schulen wurden Aufrufe gefunden, in der das jetzige Kabinett sowie die Fortsetzung des Krieges getadelt und die Politik des früheren Kabinetts als richtig bezeichnet wird. Der Aufruf betont, daß die europäische Türkei nicht mehr zu halten sei, es unwirksam wäre, die Söhne Anatoliens dafür zu opfern.

## Deutsches Reich.

Der Vorstand der preussischen Landesorganisation der Fortschrittspartei setzt sich bekanntlich nach dem Beschluß des Preuentages vom 20. Januar 1913 zusammen aus drei preussischen Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses, sowie aus den Vorsitzenden der preussischen Landtagsfraktion und der preussischen Provinzialverbände. Der Geschäftsführende Ausschuss der Fortschrittlichen Volkspartei hat nun, wie die „Freie Ztg.“ mitteilt, in seiner Sitzung an diesem Dienstag beschlossen, seinerseits in den Vorstand des Preuentages die Abg. Cassel, Fischbeck und Mommsen zu wählen. Danach besteht nunmehr der Vorstand der preussischen Landesorganisation aus folgenden Mitgliedern: den Abg. Cassel, Fischbeck, Kändler, Mommsen, Dr. Fachnide, Dr. Wiemer, sowie den Provinzialvorsitzenden Stadtrat Ostle-Königsberg i. Pr., Kommerzienrat Münsterberg-Danzig, Abg. Rektor Kopsch-Berlin, Abg. Kommerzienrat Ghelich-Brandenburg, Stadtrat Dr. Dohrn-Stettin, Dr. Hugo Ghelich-Posen, Justizrat Dr. Heilberg-Breslau, Dr. med. Wolff-Magdeburg, Fabrikanten Karl v. Eicken-Hamburg, Prof. Bouffet-Göttingen, Abg. Fabrikanten Cantert-Barmen, Abg. Karl Jund-Frankfurt a. M. Eine Sitzung des Vorstandes der preussischen Organisation ist auf Mittwoch, den 2. April in Berlin in Aussicht genommen.

Die Sozialdemokratie und die Teltower Landtagswahl. Vor einigen Tagen hat in einer sozialdemokratischen Wahlkreiserfassung der Landtagsabgeordnete Dirich sich dahin ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie „gar nicht daran denke, bei der bevorstehenden Landtagswahl in Teltow-Beeskow den fortschrittlichen Kandidaten Traub gegenüber den Konservativen herauszubauen.“ Man könnte annehmen, daß es sich hierbei nur um eine persönliche Meinungsäußerung des Abg. Dirich handle oder daß die betreffende Äußerung nur als ein Scherz aufzufassen sei. Wie uns indes berichtet wird, hat Herr Dirich nur erzählt, was der feste Entschluß aller Parteimitglieder sein soll. Die sozialdemokratischen Wahlmänner werden danach tatsächlich auch diesmal Gehehr bei Fuß stehen und das Mandat abermals dem Kandidaten der äußersten Rechten ausliefern! Man muß abwarten, ob die Sozialdemokratie sich wirklich wieder einmal derartig verrennen wird.

Das Inkrafttreten des Wassergesetzes. Man schreibt uns: Um die Bestimmungen des Wassergesetzes in Anwendung bringen zu können, muß zunächst in dem vorgeschriebenen Verfahren festgelegt werden, welche Wasserläufe der zweiten und welche der dritten Ordnung zuzuweisen sind. Die Wasserläufe erster Ordnung ergeben sich aus dem Gesetz selbst.

Erst wenn das Verzeichnißverfahren abgeschlossen ist, kann das Gesetz in seiner Gesamtheit in Kraft treten. Es ist daher die Inkraftsetzung einer königlichen Verordnung vorbehalten. Nach den bei den Kommissionsberatungen im Landtag vom Regierungsrat gemachten Äußerungen dürfte die Inkraftsetzung wohl spätestens in einem Jahr zu erwarten sein. Wichtig für weitere Kreise ist es, daß inzwischen bereits alle Ausbauten von Wasserläufen erster Ordnung nach dem neuen Wassergesetz erfolgen sollen. Es werden also bei diesen Ausbauten auch schon jetzt die weitgehenden Entschädigungsätze des neuen Gesetzes Anwendung zu finden haben. Für die Durchführung des Gesetzes sind sehr eingehende Ausführungsbestimmungen erforderlich, mit deren Aufstellung die beteiligten Ressorts schon in nächster Zeit beginnen werden.

Das Programm für den Besuch des dänischen Königspaares in Berlin sah für heute, wie uns drahlisch berichtet wird, große militärische Veranstaltungen auf dem Hornbächer Felde vor.

Gegen 9 Uhr begab sich der Kaiser in Begleitung des Königs von Dänemark von Berlin aus nach Potsdam und traf um 10 Uhr auf dem Hornbächer Felde ein, wo er und sein Gatt zu Pferde stiegen. Die „Mantel“ und ein Doppeldecker kreuzten während des Geschehens über dem Hornbächer Felde. Nach der Uebung nahm der Kaiser mit dem Könige von Dänemark die Parade der beteiligten Truppen der Potsdamer Garnison ab und führte das erste Garderegiment in die Stadt zurück. Um 3 1/2 Uhr fand im Regimentshaus des ersten Garderegiments Frühstückstafel statt.

Unser Schutzgebiet Kwantchou als chinesisches Penzionopolis. Man schreibt der „Deutschen Orient-Korrespondenz“ aus Tjingtau: In den nächsten Wochen werden drei weitere Mandchuprinzen nach Tjingtau übersiedeln, wo bereits nach dem Sturze des chinesischen Kaiserhauses mehrere Prinzen Zuflucht gefunden haben. Schon während der Revolution war es erkennbar, daß die große Umwälzung im Reiche der Mitte Anlaß zu einem starken wirtschaftlichen Aufschwung unseres ostasiatischen Schutzgebietes bieten würde.

Der Ruf Tjingtaus als eine Stätte, in der man auch während der Stürme der Revolution seines Lebens und Eigentums völlig sicher ist, hat sich in ganz China verbreitet. Handel und Wandel blieben unberührt von der Revolution, die deutsch-chinesischen Schulen und die Hochschule legten ihren Unterricht fort, während fast alle chinesischen Schulen den Unterricht einstellten. Dieser Zustand der vollkommenen Ordnung hat Prinzen und Staatsmänner des alten Regimes, reiche chinesische Privatleute und auch viele Chinesen der mittleren Stände veranlaßt, sich in Tjingtau anzukaufen oder dort niederzulassen. Das deutsche Landamt hatte alle Hände voll zu tun, um die zahlreichen, von chinesischen Flüchtlingen gewünschten Landkäufe zu erledigen. So wird das Schutzgebiet Kwantchou mehr und mehr eine Zufluchtsstätte für chinesische Flüchtlinge, die das Bedürfnis empfinden, ihre irdischen Güter in einem Zustand von Ruhe und Ordnung zu genießen.

Der starke Zuweg ehemaliger Beamten hat auch einen früher ganz unbekanntem gesellschaftlichen Verkehr zwischen Deutschen und Chinesen zur Folge gehabt. Die vermehrten gesellschaftlichen Beziehungen haben sogar zu dem Entschluß geführt, einen deutsch-chinesischen Verkehrsverein zu begründen, dessen Zweck ist, die gegenseitigen Beziehungen nach Möglichkeit zu kräftigen und das Verständnis für